

Tischvorlage

Az: **Datum** 15.02.2010 **Drucksache Nr.** 2010/041

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Abstimmung				
		Einstimmig	Ja	Nein	Enthaltung	Behandelt
Finanz-, Wirtschafts- und Personalausschuss						
Verwaltungsausschuss						
Rat der Stadt Langenhagen						

Betreff: Antrag der CDU-Fraktion: Weitergehende und notwendige Schritte zur Haushaltskonsolidierung - Ausgabenreduzierung vor Einnahmenerhöhung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Langenhagen beschließt:

1.)

Als Grundsatz für die weitere Haushaltskonsolidierung gilt: Ausgabenreduzierung vor Einnahmenerhöhung.

2.)

Die Organisations- und Aufgabenstruktur der Verwaltung ist in 2010 durch ein externes Unternehmen zu überprüfen. Mögliche Veränderungen sind aufzuzeigen und das Ergebnis ist dem Rat der Stadt Langenhagen, zur weiteren Entscheidung, vorzulegen. Die hierfür notwendigen Mittel sind aus den allgemeinen Planungskosten zu decken, bzw. durch andere Umschichtungen zur Verfügung zu stellen.

3.)

Im Laufe des Jahres 2010 ist ein Musterhaushalt aufzustellen, der von einer durchschnittlichen Gewerbesteuererinnahme von 45 Millionen Euro ausgeht. Dabei ist der Ergebnishaushalt so aufzustellen, dass eine Erwirtschaftung der Abschreibung ermöglicht wird, um so die Werte der Stadt Langenhagen für zukünftige Generationen zu erhalten. Bei der Erarbeitung des Musterhaushalts sollen die Ergebnisse aus der Überprüfung der Organisations- und Aufgabenstruktur berücksichtigt werden.

4.)

Es ist ein Gebäudemanagement einzuführen. Im Fokus sollten hierbei ein geschicktes Flächenmanagement (Buchung von Aulen, Hallen oder Räumen) stehen, um feste Vergaben von städtischen Räumlichkeiten zu vermeiden. Im gleichen Rahmen ist auch das Hausmeistersystem zu überprüfen.

5.)

Die alte Zielvorgabe zur Personaleinsparung wird wieder aufgenommen. Bis zum Jahr 2015 sollen, basierend auf dem Stand von 2010, zwei Millionen Euro Personalkosten eingespart werden. Hierfür sind verbindliche Zielvorgaben zu vereinbaren. Die Verwaltung wird aufgefordert, die zur Zielerreichung notwendigen Stellenminderungen im Stellenplan 2011 durch entsprechende KW-Vermerke zu dokumentieren. Die Reduzierung der Personalkosten erfolgt jedoch nicht durch Einsparungen im Ausbildungsbereich.

6.)

Das Potenzial von Ehrenamtlichen ist durch entsprechende Unterstützung und Einbeziehung, unter Reduzierung von Verwaltungstätigkeiten, zu nutzen. Ehrenamtlichkeit stellt einen nicht zu unterschätzenden volkswirtschaftlichen Wert dar. Ehrenamtliche Hilfen sind durch Öffnung der Verwaltungsstrukturen nach Kräften zu unterstützen.

7.)

Es ist eine flächendeckende Kosten- und Leistungsrechnung einzuführen. Im Rahmen der Einführung sind in 2010 sinnvolle Kennzahlen sowie strategische und herausgehobene Ziele zu erarbeiten und mit der Politik abzustimmen. Die Ergebnisse der KLR sind in sinnvoller Weise bei zukünftigen Haushaltsplanungen zu berücksichtigen

8.)

Im Rahmen einer vorzulegenden, ausführlichen Kita-/Krippenplatzbedarfsplanung soll eine kritische Betrachtung des Auslastungsgrades bei Ganztagsgruppen am Nachmittag erfolgen. Unter Einbeziehung dieser Ergebnisse soll ein Konzept für eine/n stufenweise/n Ausbau/Umwidmung im Bereich Krippen-, Kita- und Hortplätze für die nächsten 5 Jahre erarbeitet werden, um das Ziel eines bedarfsgerechten Betreuungsplatzangebotes mit dem Ziel "keine Neuverschuldung ab 2015" (aus dem Generationenvertrag) in Einklang zu bringen.

9.)

Die Ansätze bei den freiwilligen Leistungen werden in 2010 pauschal um 20% auf der Basis des Jahres 2009 in vorheriger Absprache mit der Politik gekürzt.

10.)

Die finanziellen Ansätze für Kinder und Jugendliche (Jugendförderung) werden NICHT gekürzt, sondern weiterhin bedarfsgerecht ausgebaut.

11.)

Die Gebührensatzungen der Stadt Langenhagen müssen bedarfs- und sozialgerecht gestaltet werden. Die einzelnen Deckungsgrade müssen unter Berücksichtigung der o.g. Forderung verbessert werden. Eine jährliche Überprüfung ist notwendig.

12.)

Es sind Privatisierungsmöglichkeiten und die Vergabe von Aufgaben nach außerhalb der Verwaltung aufzuzeigen. Der Fachbereich Bauen nutzt hingegen stärker sein internes Potenzial für Planungen aus und verringert seine Vergabeaktivitäten bzgl. Planungen und Gutachten signifikant.

13.)

PPP/ÖPP-Modelle sind im Rahmen von größeren Losen zu berücksichtigen.

14.)

Sparmöglichkeiten der politischen Gremien und der Verwaltung, jeweils in ihrer eigenen Struktur, werden überprüft.

15.)

Neue Finanzierungsmöglichkeiten (Sponsoring, Leasing usw.) sind wahrzunehmen. Die Verwaltung stellt in Anerkennung ihrer Pflicht zur sparsamen Haushaltsführung ein angemessenes Stundenkontingent zur Abarbeitung entsprechender Prüfaufträge zur Verfügung. Sie legt einen Vorschlag vor, wie dieses Stundenkontingent ohne Vergrößerung des Personalbestandes oder arbeitsbelastungsbedingte Heraufstufungen realisiert werden kann. Die entsprechenden Vorschläge werden dem Verwaltungsausschuss bis zur letzten Sitzung im März 2010 vorgelegt.

16.)

Alle geplanten und zu planenden investiven Maßnahmen sind hinsichtlich ihrer Notwendigkeit zu überprüfen und ggf. längerfristig zurückzustellen. Hierbei findet eine Gleichbehandlung in der Bewertung statt, es kann hier keine Lobby-Berücksichtigung geben.

17.)

Es werden bis auf weiteres keine weiteren Spielplätze mehr grundsaniert. Stattdessen wird ein jährlicher, noch zu ermittelnder Gesamtbetrag (Vorschlag 100.000€), für die qualitative Instandhaltung aller Spielplätze zur Verfügung gestellt.

18.)

Die einstimmig beschlossene Finanzrichtlinie wird zukünftig nicht nur als Vorschlag angesehen, sondern von Rat UND Verwaltung eingehalten.

Erläuterung:

Die Pro-Kopf-Steuereinnahme lag mit 1608€ im Jahr 2008 rund 2-3 mal so hoch wie in den Regionskommunen. Das Problem liegt also in der Ausgabestruktur und nicht in der Einnahmesituation. Die Ausgaben sollen jetzt entschieden in Angriff genommen werden, da entsprechende Initiativen vom Bürgermeister und der unter seiner Führung stehenden Verwaltung allenfalls halbherzig unternommen wurden. Auf greifbare Ergebnisse warten die Bürgerinnen und Bürger seit 2006 und die aktuellen Bemühungen erstrecken sich größtenteils auf das Verschieben von Investitionen in die Folgejahre und damit wiederum verschieben wir auch das Problem nur in die Folgejahre.

Ein Großteil des Haushalts ist in Höhe und Verwendungszweck gesetzlich festgelegt. Einsparen oder Aufsatteln können wir im Prinzip nur beim Personal, bei der Gebäudewirtschaft und den so genannten freiwilligen Aufgaben und bei der Definition von Standards. In den letzten Jahren wurde von SPD und den Grünen in diesen Bereichen kräftig aufgesattelt - dieses Problem gilt es jetzt aktiv und fraktionsübergreifend zu "heilen".

Um ein kursierendes Wort vorsorglich aufzugreifen: "Kaputtsparen" ist nur eine rhetorische Formel, mit der verschleiert werden soll, dass der Mut zum Sparen nicht da ist. Das Gemeinwesen, das mit fremdem Geld operiert, ist angehalten, Prioritäten zu setzen und zu entscheiden, was ihm noch wichtig ist und was nicht. Wenn die Kommune sich schlanker spart, geht sie damit noch nicht "kaputt", sondern kommt nur ihrer gesetzlichen Pflicht zur sparsamen Haushaltsführung und ihrer Verantwortung für die Generationen nach, die die Schuldenlast sonst zu tragen hätten. Sie sichert die Bedingungen für ein Funktionieren auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Dazu müssen gerade diejenigen Personen und Einrichtungen besonders beitragen, die in besseren Zeiten größere Leistungen empfangen haben, als künftig möglich sind. Die Kürzung der Ausgaben ist alternativlos. Öffentliche Strukturen halten die situationsbedingte, vorübergehende Verringerung des Mittelzuflusses aus. Das hat Langenhagen in der vorhergehenden Ratsperiode bewiesen. Der damals gezeigte Mut zum Sparen muss auch heute da sein. Für Einsparungen muss aktiv geworben werden, es muss allen Betroffenen vermittelt werden, dass sich Sparen lohnt, um zukünftig handlungsfähig zu bleiben.

Argumente antizyklischer Wirtschaftspolitik sind für höhere Politikebenen gedacht (Land, Bund und höher), können allerdings auch in kommunalen Strukturen gelebt werden. Dann allerdings müssen in guten Zeiten Rücklagen gebildet werden, die dann in wirtschaftlich schlechteren Zeiten gezielt eingesetzt werden können. Mit der Ausrichtung des Haushalts an einem durchschnittlichen Gewerbesteueraufkommen ist es möglich sowohl antizyklisch zu wirtschaften, als auch den Haushaltsgrundsatz der Haushaltsstetigkeit zu erfüllen.

Erläuterungen zu den Einzelpunkten des Beschlusses werden im übrigen ggf. mündlich gegeben.

Langenhagen, den 15.02.2010

Gez.
Mirko Heuer
Fraktionsvorsitzender

Abstimmungsergebnis

Gremium				Sitzung am		Top
Einstimmig	Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enth.	Laut Beschlussvorschlag	Abweichender Beschluss (Rückseite)
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>